

KEIN
GELD
FÜR
KRIEG

Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 27 Winter 2001/2002

Kein Geld für Krieg! Steuerboykott jetzt!

Steuererhöhungen unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung dienen überwiegend der Aufrüstung der Bundeswehr

Nach dem Solidaritätszuschlag, der nach Eingeständnis des damaligen Finanzministers Waigel der Finanzierung des Golfkrieges diene, wird mit Beginn des Jahres zum zweiten Mal eine explizite Kriegssteuer eingeführt: Die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Erhöhung von Tabak- und Versicherungssteuer erhält das Verteidigungsministerium zur Finanzierung von "Anti-terror-Einsätzen". Unterdessen beziehen bereits erste Kommandos der Bundeswehr Stellung in Afghanistan und am Horn von Afrika für Einsätze, deren Zielsetzung äußerst unklar ist.

Nach dem 11. September, so war oft zu lesen oder hören, ist nichts mehr so wie vorher! Dem ist entschieden zu widersprechen: Auch jetzt noch gilt: Gewalt ist keine Lösung. Auch die schrecklichen Terroranschläge in den USA rechtfertigen keine überstürzten Reaktionen. Statt hilflosem Aktionismus ist jetzt in besonderem Maße eine sorgfältige Analyse der Ursachen erforderlich, die eine solche Entwicklung ermöglicht haben. Das Netzwerk Friedenssteuer hat sich daher auch dem von der Friedenskooperative initiierten Aufruf "Brücken bauen, Gewalteskalation verhindern!" angeschlossen, (www.gewaltspirale-durchbrechen.de)

Während der Bundeswehreinsatz zunächst noch heftig umstritten war, hat die Finanzierung der Militäreinsätze in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle gespielt. Ohne nennenswerten Widerstand wurde eine Erhöhung der Tabaksteuer um 2 Cent je Zigarette sowie der Versicherungssteuer um 1 % beschlossen. Von den erhofften Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Mrd. € soll das



Verteidigungsministerium die Hälfte erhalten, lediglich 100 Mio. € fließen an das BMZ "für entwicklungspolitische Maßnahmen zur Krisen- und Konfliktprävention". Nur dank dieser Zusatzmittel konnte ein Absinken der Entwicklungshilfe auf einen historischen Tiefstand verhindert werden.

Ab Januar fließen also rein rechnerisch aus dem Kauf jeder Zigarettenschachtel 19 Cent in die Aufrüstung, wobei angesichts geschätzter Kriegskosten in Afghanistan von 1 Mrd. US \$ pro Monat äußerst zweifelhaft ist, ob dieser Betrag ausreichen wird. Es steht zu erwarten, dass Deutschland ähnlich wie bereits im Golfkrieg von den USA wiederum auch finanziell in die Pflicht genommen wird.

Sollte dies nicht Anlass sein, über phantasievolle Möglichkeiten des Steuerboykotts nachzudenken? Neben der "normalen" Steuerverweigerung bieten sich v. a. symbolische Aktionen zur Tabaksteuer an: wie wäre es z.B. mit Protestaufklebern an Zigarettensautomaten, einem Aufruf für den Tabak-Kiosk oder einem "Rabattmarkenheft", in dem die Zollbanderolen von den Zigarettenschachteln eingeklebt und mit der Forderung an den Finanzminister geschickt werden, die Steuer vom Verteidigungshaushalt zum BMZ umzulenken, um den Zivilen Friedensdienst auszubauen?

Dedo v. Krosigk

Noch nie hatten wir so viel Geldnötig

Die gute Nachrichten zuerst: Jahrestagung, Stand auf dem Kirchentag, die hohen Kosten für das Material zur Lobby-Aktion haben unser Kasse nicht völlig geplündert; dazu haben auch die Zuschüsse der Kirchen beigetragen.

Für die Internationale Konferenz im nächsten Jahr haben sich bislang 14 Menschen verpflichtet, im schlimmsten Fall mit insgesamt 36.300 DM zu haften. Zwei weitere Spenden sind eingegangen und drei Zuschuss-Zusagen, insgesamt 26.200 DM - mehr Geld als wir je zuvor hatten.

Aber - und das leitet die schlechte Nachricht ein: Die Konferenz könnte 99.000 DM/50.618 Euro kosten. Es sind 11 Anträge oder Anfragen unterwegs; aber das ist noch kein Geld.

Wenn also jemand einen Weg zu Zuschussgeldern weiss, der möge sich melden bei Hannelore Morgenstern (s. letzte Seite), aber auch jede kleinere Spende aus unseren eigenen Reihen, von FreundInnen, Bekannten und SympathisantInnen ist willkommen.

Aus den Regionen

Aktuelle Berichte über Regionaltreffen liegen nur aus dem Südwesten vor.

Südwest

Das letzte Treffen fand am 21. 4. 2001 statt. Themen waren neben persönlichen Berichten v. a. die Gesetzesinitiative und die Int. Konferenz. Das Protokoll ist bei der Redaktion erhältlich.

Nächster Termin: 8. Januar 2002 um 11 Uhr bei Voigts in Merzhausen. Auf der Tagesordnung stehen neben persönlichen Berichten und den Arbeitsschwerpunkten des Netzwerks die Themen "Grundlagen zu Lobbygesprächen" und "Die aktuelle Bedeutung des Grundgesetzes".

Aus dem Netzwerkrat

Seit Erscheinen der letzten Netzwerk-Nachrichten gab es 2 bundesweite Netzwerktreffen:

Im **Frühjahr** (23.-25. 3. 01) tagte in **Fronhausen** bei Marburg der "Netzwerkrat" gemeinsam mit der Jahrestagung von "Steuern zu Pflugscharen" im alte Amtsgericht. Einige von uns hatten das "Privileg", in alten Gefängniszellen übernachten zu dürfen. Höhepunkte waren ein sehr persönlicher Vortrag von Ludwig Grosse, Oberkirchenrat i. R., der weit über das vorgegebene

Thema "Friedenssteuer - Vision und Realität" hinausging und alle Anwesenden tief beeindruckte, sowie die Teilnahme an einer gemeinsam mit der Marburger Friedensinitiative durchgeführten Demonstration in Marburg anlässlich des 2. Jahrestages der NATO-Bombardements in Jugoslawien (vgl. S. 3).

Das **Herbsttreffen** fand vom 19. - 21. 10. 01 wieder in **Erfurt** statt. Inhaltlich standen die Gesetzesinitiative, die Vorbereitung auf die Internationale Konferenz sowie Diskussionen um die Terroranschläge des 11. September im Mittelpunkt. Klaus Ehrler hielt einen sehr anekdotenreichen Vortrag über die Ächtung der Luftkriege, für die er eine Petition an den Bundestag vorbereitet hatte. Am Samstag Vormittag blieb noch viel Zeit für ein Brainstorming zu möglichen Aktionen anlässlich der Steuererhöhungen zur Finanzierung des "Antiterrorpakets" der Bundesregierung.

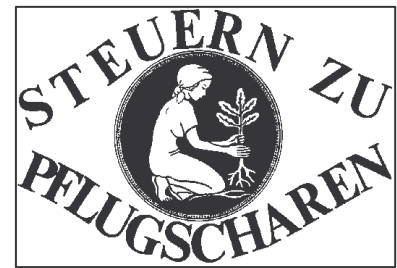
Ausführliche Protokolle zu beiden Tagungen können bei Interesse bei der Redaktion angefordert werden.

Das **nächste Treffen** findet vom 22. bis 24. 2. 2002 wieder in Fronhausen statt (vgl. Termine auf S. 7)

Wir tragen eben
den Frieden wie ein Gewand,
an dem wir vorn flicken,
während es hinten reißt.

W. Raabe

Aus den Arbeitsschwerpunkten



Jahrestagung Fronhausen 22. - 24. 2. 2002

In bewährter Weise veranstalten wir in Kooperation mit dem Netzwerk unsere Jahrestagung. Schwerpunkt wird diesmal neben den Erfahrungsberichten, der Stärkung und Zurüstung das Thema "Neue Boykottaktionen" sein. Referent Uli Wohland. Herzliche Einladung, besonders auch an Newcomer! Das ausführliche Programm wird Anfang Januar versandt.

Gespräch mit Präses der Synode der EKD

Neue Dialogansätze und Kooperation mit der EKD verspricht für uns ein Gespräch mit Herrn Schmude, dem Präses der Synode der EKD am 29.11.01 in Düsseldorf. Wir sind dankbar für die Gelegenheit, den abgebrochenen Gesprächsfaden wieder aufnehmen zu können. Drückt uns die Daumen, daß wir die Brücke schlagen können.

Resolution auf dem Kirchentag verabschiedet

"Wir fordern die EKD und ihre Gliedkirchen dazu auf, sich für die o. g. gesetzliche Regelung aktiv einzusetzen..." (Text unserer Unterschriftenaktion). Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit auf dem Kirchentag in Frankfurt in Halle 7 verabschiedet. An unserem Stand wurden zusätzlich noch ca. 1800 Unterschriften gesammelt. Die EKD hat darauf noch nicht reagiert. Außerdem gab es eine gelungene Aktion am Stand: Man konnte Geld zum Fenster hinauswerfen. Der Resolutionstext kann bei Gerlinde Rambow abgerufen werden.

Steuerverweigerer werfen Geld zum Fenster hinaus

Presseerklärung des Netzwerks zur Jahresversammlung in Fronhausen
(Der Wortlaut der Rede von Ilse Staude kann bei der Redaktion angefordert werden)

"Nur 30 Millionen für den Frieden und 47 Milliarden für Militär und Rüstung",

so rief Ilse Staude von der Ökumenischen Aktion "Steuern zu Pflugscharen im Netzwerk Friedenssteuer" am Samstagnachmittag in der Marburger Innenstadt den Demonstranten zu. Und dabei flog viel Geld in Form von Goldtalern durch einen Fensterrahmen auf die Straße - gradeso wie im echten Leben unserer Politik.

So jedenfalls sehen es Militärsteuerverweigerer angesichts der hohen Ausgaben für Rüstung, Rüstungsexporte und Kriegseinsätzen in jüngster Vergangenheit und erhalten engagierten Beifall von den Teilnehmern der Demonstration.

"Wir sind eine bundesweite Aktionsgruppe seit Anfang der 80er Jahre und haben an diesem Wochenende unsere Jahrestagung in Fronhausen." so konnte man erfahren. "Unser Ziel ist es, das Recht zur Verweigerung von Steu-

ern für Militär und Rüstung im Grundgesetz zu verankern. Derzeit werden in der BRD ca. 10% aller Steuereinnahmen des Bundeshaushaltes für militärische Zwecke ausgegeben. Menschen, die dagegen Gewissensbedenken haben, sollen künftig, wie im Falle der Wehrpflicht, eine zivile Ersatzleistung mit ihrem Steuergeld erbringen können."

Was liegt näher, als sich hier der Marburger Friedensinitiative "Nein zum Krieg" anzuschließen, um an einem Tag, wie dem 2. Jahrestag des Kriegsausbruchs im Kosovo, auf die Straße zu gehen. "Heute steht für den Einsatz der KFOR-Truppen insgesamt so viel Geld zur Verfügung, wie für das NATO-Bombardement an einem Tag ausgegeben wurde.", so eine ernüchternde Bilanz dieses Krieges.

Viel Zeit und Blicke leisteten sich die Militärsteuerverweigerer nicht für die Schönheiten Marburgs, denn sie hatten noch viel zu tun an diesem Wochenende. Ein Schwerpunkt Ihrer Beratung war die Vorbereitung der Internationalen Konferenz der Militärsteuer-Initiativen im kommenden Jahr bei Berlin. Inzwischen gibt es Initiativen zu diesem Thema weltweit. Als Nichtregierungsorganisation ist die Internationale Friedenssteuerkampagne mit Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen akkreditiert.

"Es ist eine große Chance für unsere Arbeit hier im Land, nach New Delhi und Washington die Konferenzteilnehmer am 5. September nächsten Jahres bei uns begrüßen zu können.", so Ilse Staude - und schon werden alle Transparente eingerollt und die kleine Gruppe von 20 Leuten aus Nord und Süd, Ost und West gehen zurück an ihre noch mühsame aber wichtige Arbeit.

Gerlinde Rambow

Ev. Landeskirchen fördern Internationale Konferenz 2002 bei Berlin

Mit z.T. beachtlichen Finanzmitteln unterstützen einige Landeskirchen die vom Netzwerk organisierte Internationale Konferenz (die EKIR, die EKIW und...). Wir sehen auch das als eine aktive Unterstützung unseres Anliegens an und sind sehr dankbar dafür. Wer kann noch an seine Landeskirche herantreten? Exposés zur Konferenz bei H. Morgenstern.

EKD Synode in Amberg vermeidet eindeutige Stellungnahme zum Afghanistankrieg

Lediglich Bischof Noak, Magdeburg, und Bischöfin Käßmann, Hannover, bezogen eindeutig Position. "Ein Nein ohne Wenn und Aber" zum Krieg in A. (Bischof Noak). Dazu fällt mir ein: "Weck' die tote Christenheit aus dem Schlaf der Sicherheit, brich' in deiner Kirche an, daß die Welt es sehen kann, erbarm' dich Herr" (Gesangbuchvers).

"Wir wünschen uns eine Kirche, die ihren Worten Taten folgen läßt..."

Eine Briefaktion an die EKD und die Kirchenleitungen der Ev. Landeskirchen Anfang Oktober (also noch vor Beginn des Krieges) zu den Konsequenzen aus den Attentaten in New York und Washington erzeugte leider bisher (14.11.) nur spärliche Reaktionen. Bischöfin Wardenberg-Potter, Lübbeck, antwortete unterstützend und ermutigend.

"Sicherheit ist kein Ziel der Christen; Frieden ist immer ein Risiko"

Das hatte es bislang noch nicht gegeben. Mitte Oktober lud Präses Kock zunächst alle Beauftragten für Islamfragen und schließlich die Friedensgruppen und -fachdienste der rheinischen Landeskirche zur Beratung ein. Kock wollte die Einschätzungen seiner Gäste nach den Terroranschlägen in den USA und Vorschläge für die Arbeit im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt hören.

Aufgrund der Einladung entstand zunächst eine rege Kommunikation unter dem Friedensgruppen. Für anderthalb Stunden leitete der Vizepräses, Nikolaus Schneider, das Gespräch und die Landespfarrerin für Ökumene, Mission und Religionen, führte das Protokoll. Diese Dokumentation soll die Zusicherung Schneiders unterstreichen: "Alle ihre Voten werden mit großer Aufmerksamkeit gehört."

Immerhin waren 50 Teilnehmende zusammen gekommen. Das Gespräch folgte den Schwerpunkt: außenpolitische, globale und innenpolitische Aspekte. Als es um die innenpolitischen Aspekte ging, erinnerte eine Frau mit dem oben zitierten Satz an das Risiko des Friedens. Vorschläge für die konkrete Dekadenarbeit gab es erstaunlich wenige. Allerdings hatten etliche Gruppen schon im Vorfeld ihre Stellungnahme an das Landeskirchenamt geschickt.

Immer wieder wurde die Kirchenleitung aufgefordert, sich in die öffentliche Diskussion einzumischen; und immer dort auf den Sprachgebrauch hinzuweisen, wenn religiöse Formulierungen in fremden Sachzusammenhänge benutzt oder wenn die Worte zur Stimmungsmache mißbraucht werden. Ein entschiedenes und klares Votum erwarteten die Anwesenden von ihrer Kirche; vereinzelt Stimmbezeichnungen bezeichneten das bisher Geäußerte als zu schwach. Nur ein Mann gab zu bedenken, dass sich Kirche nicht grundsätzlich gegen militärische Gegenmaßnahmen aussprechen dürfe; dann nähme sie keiner mehr ernst.

Zum Abschluss bat der Vizepräses dringend darum, dass aus dieser großen Gruppe vier bis sechs Personen als Kontaktpersonen für schnelle Gespräche dem Landeskirchenamt genannt werden sollten. Konsultationen in großen Kreisen sind für März und Juni des kommenden Jahres in der Planung.

Zu Beginn der EKD-Synode sagte Kock, grundsätzlich seien Militäreinsätze gegen Terroristen und Staaten, die sie begünstigen, gerechtfertigt. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel müsse gewahrt bleiben. „Kann das terroristische Netzwerk überhaupt wirkungsvoll militärisch bekämpft werden?“, müssen Christen fragen.

Hannelore Morgenstern-Przygoda

"Ich versteh' gar nicht, das manche Christen das nicht so sehen können..."

sagte Pröbstin Elfriede Begrich, Thüringer Gebiet der Kirchenprovinz Sachsen, Erfurt, in einem Gespräch mit Vertreterinnen unserer Aktion. Ermutigend! Sie will unser Anliegen aktiv unterstützen. Wir sollten mehr Gespräche mit Kirchenverantwortlichen führen.

Lutz Bohr

Ich habe meinen Pfarrern gesagt, ob ihr für den Frieden oder die Einrichtung eines Krieges sein wollt, das ist euch als christliche Pfarrer ebenso wenig freigestellt, als ob ihr für oder gegen Ehebruch, oder für oder gegen Raub sein wollt. Und wenn man mir sagt, die Welt ist heute noch nicht so weit, dass der Krieg vermieden werden könnte, dann sage ich euch, es ist eure Pflicht als christliche Pfarrer, dafür einzutreten, dass es so weit kommt.

Erzbischof Nathan Söderblom (1866-1931)



Lobby-Ratgeber

Dank intensiver und engagierter Arbeit von Günther Lott und v. a. von Klaus Hecker wurde der Lobby-Ratgeber des Netzwerks im letzten Sommer komplett überarbeitet und neu herausgegeben. Er gibt konkrete Hilfestellungen zur praktischen Lobbyarbeit bei ParlamentarierInnen, um sie mit dem Thema der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen vertraut zu machen und für eine gesetzliche Lösung zu gewinnen. Dazu gehören z. B. Tips zur Kontaktaufnahme und Gesprächsführung, Formulierungsvorschläge für Briefe und ein fiktiver aber typischer Gesprächsverlauf.

Der Ratgeber kann zum Preis von 1,- € zzgl. Porto beim Materialversand in Aachen bestellt werden (Adresse vgl. letzte Seite).

Gesetzesinitiative

Im Mai 2001 wurden von der Arbeitsgruppe ca. 400 potenzielle UnterstützerInnen mit der Bitte angeschrieben, sich an der Lobbyarbeit für ein Friedenssteuergesetz zu beteiligen und Kontakt mit PolitikerInnen aufzunehmen. Bisher haben sich 22 Netzwerkmitglieder beteiligt und das Informationspaket (Lobbyratgeber, Musteranschreiben, Argumentensammlung Pro&Contra, Gesetzeskonzepte, etc.) angefordert. Mit vier Abgeordneten wurden persönliche Gespräche geführt.

Jeder einzelne Gesprächskontakt zu PolitikerInnen ist wichtig, egal ob persönlich, telefonisch oder brieflich. **Die Arbeitsgruppe bittet daher dringend um zahlreiche Teilnahme an der Aktion.** Weitere Informationen sowie die Materialsammlung sind bei Klausmartin

Voigt (Adresse siehe letzte Seite) erhältlich.

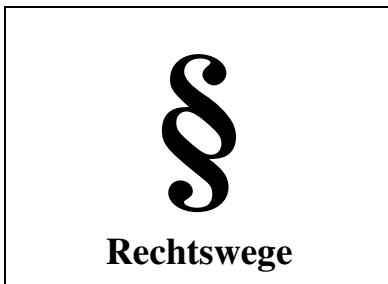
Außerdem freut sich die bisher aus vier aktiven Mitgliedern (Dedo v. Krosigk, Günther Lott, Sepp Rottmayr, Klausmartin Voigt) bestehende Arbeitsgruppe sehr über neue MitstreiterInnen!

Unterschriften-Aktion

Unsere Erklärung

"Ich trete / wir treten für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen."

wurde bisher 5.650 mal unterzeichnet (Stand Dez. 2001). Die Unterschriftensammlung läuft unbefristet weiter! Der Aufruf und Unterschriftenlisten sind bei der Redaktion oder bei Günther Lott erhältlich.



Sebastian Fleischhack (Regionalgruppe Ost) hat nach seinem verlorenen Prozess vor dem Sächsischen Finanzgericht in Leipzig (vgl. Netzwerknachrichten Nr. 26) eine Nichtzulassungs-Beschwerde beim Bundesfinanzhof eingereicht, mit der er die Zulassung der Revision beantragt.

Günther Lott hat gegen die Pfändung seiner verweigten Steuern unter Einschaltung einer Anwältin Einspruch eingelegt und will erneut den Rechtsweg beschreiten, da seit seiner ersten Klage 1983 viele juristische Argumente sowie inzwischen auch mehrfache Kriegseinsätze der Bundeswehr hinzugekommen sind.

Wolfgang Schlupp-Hauck führte gemeinsam mit "Atomwaffen abschaffen" und mit Hilfe zahlreicher UnterstützerInnen eine originelle Aktion durch: 150 Personen überwiesen insgesamt 700 DM an das Finanzamt zur Begleichung seiner Rückstände aus der Steuerverweigerung. Diese Zahlung wurde offensichtlich vom Finanzamt anerkannt.



Die großen Themen, um die sich im Augenblick die internationale Arbeit dreht, sind die Aktivitäten bei der UN in New York und Genf und die Vorbereitung der 9. Internationalen Konferenz, die vom 5.-8. Sept. 2002 in Hirschluch in der Nähe von Berlin stattfinden wird.

Aktivitäten bei der UNO

CPTI (Conscience and Peace Tax International) ist in diesem Jahr recht aktiv gewesen. Die Vorstandssitzung fand in diesem Jahr per e-mail statt, um Zeit und Kosten zu sparen. Größere Aufwendungen an Zeit und Geld haben unsere Repräsentanten in Genf und New York gehabt.

Die **Menschenrechtskommission** trifft sich in jedem Jahr für sechs Wochen in Genf. Wir konnten unser Anliegen in diesem Jahr unter der Überschrift: „The human right not to pay for war and the human duty to pay for peace“ sowohl schriftlich als auch mündlich einbringen. (siehe Kasten auf S. 6).

Dirk Panhuis aus Belgien (Sekretär von CPTI) und Bart Horeman (NL) waren dort. Es gilt jetzt, andere Organisationen mit dem Thema vertraut zu machen und sie als Unterstützer für eine Resolution im nächsten Jahr zu gewinnen. Unsere wichtigsten Verbündeten sind dabei bisher der Internationale

Versöhnungsbund, Pax Christi International und die Quäker. Grundsätzlich gab es aber die Erkenntnis, dass die Kleinarbeit im eigenen Land den größten Teil unserer Bemühungen ausmachen muß. Wir sind also mit unserer Lobby-Kampagne auf dem richtigen Weg und als Netzwerk keineswegs überflüssig.

In New York haben wir zwei Repräsentanten: **Rosa Packard**, eine ehemalige Montessori-Lehrerin, die gerade im letzten Jahr einen Prozess wegen Militärsteuerverweigerung geführt hat, den man auf der Website von CPTI nachlesen kann, und **John Randall**, Hochschullehrer für Computertechnik. Er ist gleichzeitig unser Webmaster.

Hier wie in Genf ist das Wichtigste die Lobbyarbeit bei verwandten NROs (Nichtregierungsorganisationen). Das reicht vom Austausch von Visitenkarten und Basispapieren bis zu Einladungen und Veranstaltungen. So hat Rosa Packard im Namen von CPTI und im Rahmen einer speziellen Sitzungsperiode für Kinder bei UNICEF eine Podiumsdiskussion organisiert und mit guter Resonanz durchgeführt zum Thema **“Educating Youth about the Human Right of Conscientious Objection- Existing Resources and Future Needs“**. Sie hatte dabei ein breites Podium mit führenden Religionslehrern nicht nur aus christlichen Kirchen sondern auch Juden und Moslems.

Eine weitere Veranstaltung, die vom 10.-12. September stattfinden sollte und in der es um die Darstellung von **Freiwilligendiensten**, deren Notwendigkeit und Finanzierung, letzteres besonders im Zusammenhang mit den Ausgaben für Militär und Rüstung, gehen sollte, mußte wegen der Ereignisse am 11. September abgesagt bzw. verschoben werden.

Unsere nächste Vorstandssitzung soll Ende Januar stattfinden, und zwar wieder anlässlich eines Treffens der Bertrand-Russel-Foundation in Brüssel zur Vorbereitung einer **Europäischen Konferenz für Frieden und Menschenrechte**. Wir sind die einzigen, die dort das Thema „Verweigerung aller Militär-

dienste aus Gewissensgründen“ bisher eingebracht haben und verteten.

Eine **Anfrage an das Komitee für Menschenrechte der UN** wegen eines neuen Kommentars in Bezug auf die Verweigerung aus Gewissensgründen ist noch in der ersten Phase. Es sind einige Kommentare zu diesem Vorhaben bei namhaften Juristen und Politikern eingeholt worden, manche stehen noch aus, so auch eine Anfrage an Prof. Jürgen Meyer (MdB), der ja auch die Charta der Grundrechte mit erarbeitet hat und im letzten Moment dafür gesorgt hat, dass die Verweigerung aus Gewissensgründen zwar nicht verbindlich aufgenommen wurde, aber wenigstens ein Hinweis auf das jeweilige Länderrecht noch erwähnt wurde

Bisher ist das Ergebnis der juristischen Kommentare: es ist noch zu früh. Die Kommentare sind das Ergebnis der Rechtspraxis, und es liegen bei der Menschenrechtskommission zu wenig Beschwerden vor. **Deshalb noch einmal der Rat an alle, die den Rechtsweg beschreiten, ihn bis zum Ende auszuschöpfen. Das bedeutet, dass auch Beschwerden bei der Menschenrechtskommission in Straßburg und Genf eingereicht werden.** Christa Vogt stellt bei Bedarf Kontakte zu Erik Hummels her, der Rechtsanwalt in den Niederlanden ist und sich damit auskennt.

Als **neue Mitglieder** wurden Japan, Norwegen und Ungarn aufgenommen.

Eine **Spende** für Lobbyarbeit bei der UN in Höhe von 15.000 US \$ ist in erster Linie als "seed money" gedacht. Wir werden das Geld bei sozialen Institutionen anlegen und ein Fundraising Komitee berufen.

Internationale Konferenz 2002 in Hirschluch

Am 10.11.01 traf sich die Vorbereitungsgruppe für die internationale Konferenz das dritte Mal in Berlin, inzwischen bereichert um die Mitarbeit von Gertie Brammer aus Stuttgart, die erst kürzlich zum Netzwerk gekommen ist.

Das Menschenrecht, nicht für Krieg zu zahlen und die Pflicht, für Frieden zu zahlen

In den Gesetzgebungen der meisten Staaten gilt, dass Menschen, die töten, strafrechtlich verfolgt werden. Und dass Menschen, die andere dafür bezahlen, dass sie töten, ebenfalls verfolgt werden. So ist das Grundrecht auf Leben gesetzlich geschützt.

Die Vereinten Nationen erkennen das Recht eines jeden Menschen auf Ablehnung des Militärdienstes aus Gewissensgründen an als eine legitime Ausübung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

Obwohl viele Staaten das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkennen, unterhalten sie dennoch ihre Streitkräfte mit Hilfe der Steuerzahlungen ihrer BürgerInnen. Auf diese Weise mag ein Kriegsdienstverweigerer von der Verpflichtung befreit werden, zum Töten ausgebildet zu werden und daran teilzunehmen, aber er wird weiterhin gezwungen, für das Töten durch andere zu zahlen.

Conscience and Peace Tax International (CPTI) ist ein internationaler Zusammenschluß von Menschen, die keinerlei Vorbereitungen für Krieg und die Ausbildung zum Töten mittragen können. Unser Gewissen erlaubt uns nicht, dies zu unterstützen. Selbst wenn uns das Recht gewährt wird, nicht physisch am Militär teilzunehmen zu müssen, so werden wir doch gezwungen, mit unseren Steuerzahlungen zum Militär beizutragen. Wir stellen nicht das Recht eines Staates in Frage, seinen BürgerInnen Steuern aufzuerlegen. Aber wir behaupten, dass uns unsere Regierungen durch die zwangsläufige Verwendung unserer Steuerzahlungen für Krieg und Kriegsvorbereitung zu Mittätern beim Töten machen.

CPTI weist darauf hin, dass diese individuelle Verantwortung ausdrücklich in Art.6 der Charta von Nürnberg genannt wird. Diese Charta besagt, dass „Führer, Organisatoren, Anstifter und Mitläufer, die an der Formulierung oder Ausführung eines gemeinsamen Plans oder eines Komplotts für das Begehen einer der vorgenannten Straftaten teilnehmen, verantwortlich sind für alle Handlungen aller Personen die an der Ausführung solcher Pläne beteiligt sind. CPTI ist der Meinung, dass SteuerzahlerInnen das Recht haben sollten, sich nicht zu Mittätern machen zu lassen bei der Anwendung von tödlicher Gewalt, beim Töten von Mitmenschen.

Vor kurzem erklärten die Vereinten Nationen die erste Dekade des neuen Jahrtausends zur Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt. CPTI betont, dass das Recht, nicht für Krieg und Kriegsvorbereitung zu zahlen, fest verbunden sein sollte mit den Wünschen der SteuerzahlerInnen, für Friedensförderung zu zahlen. Obwohl CPTI anerkennt, dass es den demokratischen Entscheidungsstrukturen eines jeden Staates obliegt, über die Ausgabe seiner eingenommenen Steuergelder zu bestimmen, weist CPTI darauf hin, dass die militärischen Ausgaben sehr viel höher sind als die Ausgaben für zivile friedensbildende Aktivitäten

CPTI ist daher der Auffassung, dass von allen Staaten das Recht anerkannt werden sollte, solche Steuern aus Gewissensgründen zu verweigern, die für militärische Zwecke verwendet werden. CPTI appelliert an die Menschenrechtskommission, die Militärsteuerverweigerung als legitimen Ausdruck und Manifestation der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit anzuerkennen.

Eric Hummels, Präsident CPTI, und Dirk Panhuis

*Übersetzung der Erklärung von CPTI für die Sitzung der Menschenrechtskommission bei der UNO in Genf 2001
durch: Gertie Brammer*

„We cordially invite you...“

so beginnt die **Einladung**, die wir für die

9. Internationale Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuerinitiativen
ausgesandt haben.

Termin: 5.-8. September 2002

Ort: Evangelische Jugendbegegnungsstätte Hirschluch (Nähe Berlin)

Thema: Krieg, Geld und Gewissen

Merkt Euch diesen Termin schon jetzt vor!

Wir brauchen im Augenblick vor allem Unterstützung für die Finanzierung der Konferenz und sind dankbar für jede Spende und/oder Ideen, wie und bei wem wir um finanzielle Unterstützung bitten könnten.

Denkt vielleicht auch schon einmal darüber nach, wer evtl. als Gastgeber/in für ausländische Gäste vor und nach der Konferenz infrage käme.

Spendenkonto: Bund für Soziale Verteidigung,
Konto Nr. 89420814 bei der Sparkasse Minden-Lübbecke, BLZ 49050101
(Betreff: AG Friedenssteuer IK 2002)

Unsere Tagesordnung umfaßte Aufgaben für mindestens zwei Tagen. So waren wir froh, als wir nach 11 Stunden wenigstens das Wichtigste bearbeitet hatten. Das bedeutet vor allem, dass Aufgaben verantwortlich aufgeteilt wurden.

Mit Hilfe von Klaus Waiditschka konnten wir für die Koordination in einem noch virtuellen Konferenzbüro mit Friedrich Heilmann einen politisch versierten, organisationserfahrenen und kommunikationsfähigen Menschen gewinnen. Wir sind froh darüber, jemanden für diese wichtige Aufgabe zu haben. Gertie Brammer hat uns ihre Mitarbeit auch zugesagt.

Wie sich die ebenso wichtige Öffentlichkeitsarbeit gestalten wird, blieb noch ungeklärt. Es laufen Anfragen an uns bekannte JournalistInnen, und wir erhoffen uns engagierte Unterstützung und nützliche Hinweise.

Auf alle Fälle werdet Ihr hoffentlich bald die Ankündigung und Einladung für die Konferenz auf unserer Website (www.netzwerkfriedenssteuer.de) finden, auf der Website von CPTI (www.cpti.ws) dann auch in drei weiteren Sprachen.

Wir haben noch sehr viel Arbeit vor uns und sind auf Eure Bereitschaft zur Mithilfe angewiesen.

Christa Voigt

auch den Bericht in den Netzwirknachrichten Nr. 25). Ca. 176 Seite, 12,80 €. Bestelladresse: Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel

Termine

Jahrestagung von Steuern zu Pflugscharen und Netzwerkrat-Treffen: **22. - 24. 2. 2002 in Fronhausen bei Marburg**

Netzwerkrat: **22. - 24. 11. 2002 wahrscheinlich in Eisenach**

Alle Interessierten, auch "Neulinge", sind herzlich eingeladen!

Aus der Redaktion

In eigener Sache

Unseren aufmerksamen LeserInnen ist es vermutlich bereits aufgefallen: Im Sommer 2001 sind keine Netzwerk-Nachrichten erschienen. An dieser Stelle dafür ein herzliches "Entschuldigung"! Im neuen Jahr wird alles (hoffentlich) wieder besser klappen, jedenfalls sollen die Nachrichten weiterhin möglichst zweimal jährlich erscheinen. Da ich die Redaktion z. Zt. allein inne habe, suche ich aber immer noch dringend Verstärkung bei der Themensammlung bzw. Texterstellung! Wer sich dafür interessiert, bitte bei mir melden (Adresse siehe unten)!

Dedo v. Krosigk

An der **Produktion dieser Ausgabe** wirkten mit: Dedo v. Krosigk (ViSDP), und Friedrich Heilmann (Versand). Weitere AutorInnen sind namentlich gekennzeichnet.

Artikel für die nächsten Netzwerk-Nachrichten **bitte an Dedo v. Krosigk, Birkenstr. 32, 30171 Hannover**. Möglichst als Ausdruck und ASCII-Textfile. **Redaktions-schluß** für die nächste Ausgabe ist der **19. Mai 2002**. Wer weitere Exemplare dieser Friedenssteuer-Nachrichten wünscht, kann sie gegen 1,50 € in Briefmarken pro Stück zzgl. Porto bei Uta Pfeifferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, bestellen.

Informationen

Basis-Info

Für das blaue Basis-Info sind neue, aktualisierte Eingebblätter (Kontaktadressen) erhältlich. Wer noch alte Exemplare hat, möge sie bitte bei Günther Lott bestellen.

Rüstungsausgaben

Der Etat des Verteidigungsministeriums wird nach dem im November 2001 verabschiedeten Haushaltsplan 2002 um ca. 1 % auf 23,62 Mrd. € leicht sinken. Der Anteil an den gesamten Staatsausgaben beträgt damit einschließlich eines proportionalen Anteils am Schuldendienst rd. 11,4 %. Darin sind jedoch die zusätzlichen Mittel aus dem "Antiterrorpaket" in Höhe von 750 Mio. € noch nicht enthalten (vgl. S. 1). Nach den etwas umfassenderen NATO-Kriterien dürfte der Militäranteil noch ca. 25 % höher liegen, also bei rd. 14 %.

Abschied von der Kirchensteuer

In dem gleichnamigen, im Publik-Forum-Verlag erscheinenden Buch plädiert der Dietrich-Bonhoeffer-Verein für eine demokratische Reform der Kirchenfinanzierung (vgl.

Stand: Dez. 2001

Kontaktpersonen-Liste

PLZ, ORT	NAME	STRASSE	TELEPHON	FAX	e-mail
Region Ost:					
04668 Leipzig	Sebastian Fleischhack	Kirchberg 3	034386 - 42023		
04916 Herzberg	Bernhard Willner	Grochwitzstr. 10	03535 - 23839	03535 - 23839	BeWillner@web.de
99084 Erfurt	Gerlinde u. Martin Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 - 3456264	0361 - 3456264	rambowerfurt@freenet.de
Region Nordost:					
13088 Berlin	Henning Utpatel	Mahlerstr. 19	030 - 9246031	030 - 9246031	
Region Nord:					
30171 Hannover	Dedo von Krosigk	Birkenstr. 32	0511 - 801696	0511 - 14804 (d)	dedo.krosigk@web.de
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 - 31231	12.30-13h	
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 - 4194	06406 - 905845	staude@gmx.at
Region West:					
40489 Düsseldorf	Ute u. Robert Antoch	Alte Landstr. 32	0211 - 403986	0211 - 404723	rantoch@gmx.de
50735 Köln	Hannelore Morgenstern-Przygoda	Jesuitengasse 39a	0221 - 743496	0221 - 3382171	hannelore.morgenstern@gmx.de
51427 Bergisch Gladbach	Lutz-E. Bohr	Holunderweg 8	02204 - 56043	0221 - 3382293	
Region Südwest:					
69227 Rauenberg	Günther Lott	Postfach 1051	06222 - 62741	06222 - 62702	info@trauben-apo.de
73240 Wendlingen	Gabi Kurzenberger	Alleenstr. 4	07024 - 52554		gakurz@aol.com
79110 Freiburg	Uta Pfefferle	Auwaldstr. 67	0761 - 16711	0761 - 16763	U.Pfefferle@gmx.de
79249 Merzhausen	Christa u. Klausmartin Voigt	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	cvoigt@sampo.de voigtkm@sampo.de
Region Bayern:					
81541 München	Sepp Rottmayr	Eduard-Schmid-Str. 26	089 - 659253	069 - 45991511	S.Rottmayr@igmuc.de
80636 München	Dr. Christa Ertsey	Artilleriestr. 13	089 - 1290393		
84030 Landshut	Ingrid u. Kurt Büttler	Oberbreitenauer Str. 43	0871 - 74736	0871 - 74736	
90408 Nürnberg	Dr. Brigitte Janus	Krelingstr. 10	0911 - 353237	0911 - 269851	
90411 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Zum Stiegelfeld 5	0911 - 5215210	0911 - 2142153	
Arbeitsschwerpunkte:					
<i>Gesetzesinitiative:</i>					
Klausmartin Voigt	79249 Merzhausen	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	voigtkm@sampo.de
<i>Internationales:</i>					
Christa Voigt	79249 Merzhausen	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	cvoigt@sampo.de
<i>Steuern zu Pflugscharen:</i>					
Lutz-E. Bohr	51427 Berg. Gladbach	Holunderweg 8	02204 - 56043	0221 - 3382-293	

Bestellung der Netzwerknachrichten

Der Preis für vier Ausgaben der Friedenssteuer-Nachrichten, das sind i.d.R. zwei Jahre, beträgt 10 €. Die Bestellung erfolgt durch Überweisung auf das **Aktionskonto** (siehe rechts), Stichwort „Netzwerknachrichten“. **Absender nicht vergessen!**

Bei Spenden über 10 € ohne Verwendungszweck erfolgt automatisch eine Gutschrift über 4 Ausgaben der Nachrichten. Der Rest wird als Spende gebucht.

Nach Ablauf des Abos erinnert ein roter Punkt an eine fällige Verlängerung.

Adressenänderungen bitte an Günther Lott (Adresse s. o.)

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Friedenssteuer
NACHRICHTEN



Aktionskonto: Kto-Nr. 101 535 14, Ökobank Freiburg, BLZ 500 901 00.

Bestellung der Netzwerk-Nachrichten (10 € für 4 Ausgaben): Uta Pfefferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, Stichwort vermerken und Absender nicht vergessen!!

Spenden: Bund für Soziale Verteidigung, Kto.-Nr. 89420814, Sparkasse Minden-Lübbecke, BLZ 490 501 01, **Stichwort: AG Friedenssteuer**

Spenden für die Aktion „Steuern zu Pflugscharen“: Ev. Gemeinde zu Düren, Kto.-Nr. 100 750, Kreissparkasse Düren, BLZ 395 501 10.

Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!

Materialversand (Bestellliste anfordern): Pax Christi, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel: 0241/ 402876, Fax: 0241/4018796

Transparente- u. Plakatverleih: Gudrun Rehmann, Brahmsstr. 11, 32756 Detmold, Tel. 05231/31231

E-mail: netzwerk-friedenssteuer@web.de

Internet: www.netzwerk-friedenssteuer.de